

Stand: 08.12.2025 02:13:26

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/30367

"Angestellte Lehrkräfte besserstellen und vor den Ferien nicht entlassen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/30367 vom 19.07.2023
2. Beschluss des Plenums 18/30400 vom 20.07.2023
3. Plenarprotokoll Nr. 152 vom 20.07.2023



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Doris Rauscher, Christian Flisek, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann, Ruth Müller, Arif Taşdelen, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster** und **Fraktion (SPD)**

Angestellte Lehrkräfte besserstellen und vor den Ferien nicht entlassen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Angesichts des dramatischen Lehrermangels an bayerischen Schulen ist es notwendig, auch mehr Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis zu beschäftigen. Immer mehr angestellte Lehrerinnen und Lehrer beklagen jedoch gravierende Nachteile gegenüber verbeamteten Kolleginnen und Kollegen. Hier fehlen sowohl Anerkennung als auch Wertschätzung.

Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, zeitnah die folgenden geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um auch die Situation der angestellten Lehrkräfte zu verbessern:

- Vor den Ferien werden keine angestellten Lehrerinnen und Lehrer entlassen, die im September wieder eingestellt werden.
- Es wird überprüft, wie angestellte Lehrkräfte angemessen bezahlt werden können, durch eine höhere Entgeltgruppe (Anpassung an Besoldungsgruppe A 13) oder zumindest durch Zulagen.
- Das Verfahren des Quereinstiegs wird fachlich besser begleitet und vereinfacht, um die Qualität des Unterrichts zu sichern.
- Die angestellten Lehrkräfte müssen auch eine Chance auf Verbeamtung haben.

Begründung:

Angestellte Lehrkräfte leisten die gleiche Arbeit wie beamtete Kollegen. Doch während Beamte sich auf ein festes Arbeitsverhältnis zum meist guten Bedingungen verlassen können, fühlen sich tarifbeschäftigte Lehrerinnen und Lehrer oft wie Pädagogen zweiter Klasse. Jedes Jahr müssen sich hunderte befristet beschäftigte Lehrerinnen und Lehrer in den Sommerferien arbeitslos melden. Im Jahr 2022 registrierte die Bundesagentur für Arbeit im August 713 Personen, die vorher als Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen gearbeitet haben. Sie werden zumeist wieder eingestellt. Die betroffenen Lehrkräfte haben durch die vorübergehende Entlassung Einkommensnachteile, der Staat spart auf Kosten der Arbeitslosenversicherung.

Nach dem Beschluss von Besoldungsgruppe A 13 für das Eingangsamts für Grund- und Mittelschullehrkräfte muss nun auch die Bezahlung der tarifbeschäftigten Lehrerinnen und Lehrer überprüft werden.

Der Staat ist zunehmend auf Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger angewiesen, um genügend Lehrerinnen und Lehrer an die Schulen zu bekommen. Bislang sind die Hürden für den Quereinstieg oft hoch und die fachliche Begleitung wird nicht überall als positiv wahrgenommen. Es braucht mehr Anreize für Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger. Sie müssen intensiv auf die Arbeit an den Schulen vorbereitet und in den Klassen begleitet werden. Niemand darf unqualifiziert und ohne Praxiserfahrung vor einer Klasse stehen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Doris Rauscher, Christian Flisek, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann, Ruth Müller, Arif Taşdelen, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/30367

Angestellte Lehrkräfte besserstellen und vor den Ferien nicht entlassen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Matthias Fischbach

Abg. Dr. Simone Strohmayr

Abg. Prof. Dr. Gerhard Waschler

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Thomas Gehring

Abg. Tobias Gotthardt

Abg. Dr. Anne Cyron

Abg. Michael Busch

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo

Abg. Alexander König

Abg. Martin Böhm

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe nun noch zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)

Beste Lehrkräfte für weltbeste Bildung in Bayern (Drs. 18/30350)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild u. a. und Fraktion (SPD)

Angestellte Lehrkräfte besserstellen und vor den Ferien nicht entlassen (Drs. 18/30367)

(Unruhe)

Wenn im Hohen Haus wieder Ruhe einkehrt und die Plätze eingenommen sind, eröffne ich die Aussprache und erteile dem Kollegen Matthias Fischbach für die FDP-Fraktion das Wort. – Bitte schön.

Matthias Fischbach (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn es etwas gibt, das unsere bayerische Bildungspolitik in den letzten zwanzig Jahren beschreibt, dann ist es das inoffizielle Mantra: Bitte keine Veränderungen! Es ist also kein Wunder, dass eine der großen Reformen, die unserer Tage stattfindet, die Rückabwicklung einer alten, großen Reform ist, nämlich die Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium.

Es ist kein Wunder, dass die Digitalisierung an Bayerns Schulen über zwanzig Jahre verschlafen worden ist und es erst eine existenzielle Krise brauchte, um die Mühlen unserer Kultusbürokratie endlich in Bewegung zu setzen, allerdings viel zu spät und auch viel zu langsam.

Draußen bricht mit künstlicher Intelligenz gerade ein neues Zeitalter individueller Fördermöglichkeiten an – adaptive Lernangebote, Learning Analytics usw. Doch für eine

Umsetzung Bottom-up mit neuen Innovationen fehlt dieser Staatsregierung leider ein wirkliches Konzept.

In Zeiten von großen Veränderungen muss man leider festhalten: Stillstand ist eben Rückschritt. Diesen sehen wir mittlerweile deutlich, zum Beispiel in internationalen Vergleichsstudien, PISA oder IGLU, aber auch national beim IQB-Test oder bei den VERA-Vergleichsarbeiten, deren Ergebnisse wir als Parlament leider nicht mal auf Landkreisebene von dieser Staatsregierung zugeleitet bekommen können.

Nicht zuletzt sieht man diesen Rückschritt bei dem großen Schmerzthema für die Bildungsqualität, nämlich dem immer deutlicheren Lehrermangel an Bayerns Schulen. Hier braucht es endlich eine Strategie und kein Stückwerk. Wir müssen endlich vor die demografische Welle kommen und ihr nicht weiter hinterherlaufen.

Wir können es uns jetzt nicht mehr leisten, nur auf diejenigen zu setzen, die für eine Beamtenstelle auch bereit sind, im Zweifel vom Kultusministerium auf den letzten Drücker an das andere Ende von Bayern geschickt zu werden, weil eben dort gerade eine Stelle frei ist.

Wir müssen den Lehrerberuf für mehr junge Menschen attraktiv machen und diesen ein passendes Angebot liefern. Deshalb schlagen wir Ihnen heute einen echten Paradigmenwechsel vor. Dieser Paradigmenwechsel ist vom Gedanken der Eigenverantwortung getragen. Geben wir unseren Schulen also endlich mehr Freiheit, auch beim Personal. Wunschschulen und Wunschlehrkräfte müssen sich freier finden können. Ich sage dazu mal ganz einfach "It's a match" statt "It's a Stellenzuweisung". – Das ist es, was ein attraktives Lehramt in Bayern braucht.

Ich weiß, dann kommt von den Kritikern oft die Entgegnung: Ja, aber was ist denn dann mit den unattraktiven Schulstandorten in unserem Land? Da geht ja dann keiner mehr freiwillig hin. – Diesen rufe ich entgegen: Gerade wenn wir davon ausgehen, dass es unattraktive Schulstandorte in Bayern geben könnte, müssen wir uns doch

endlich Gedanken darüber machen, wie wir diese wieder attraktiv machen können, zum Beispiel über Strukturzulagen.

(Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Dafür brauchst du ein Verfahren!)

Diese Problematik wird leider bisher unter den Teppich der Selbstherrlichkeit von CSU und FREIEN WÄHLERN gekehrt.

(Lachen des Abgeordneten Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER))

Zukünftigen Lehrern sagt man damit eigentlich nur eines, nämlich: Wenn ihr eine Stelle haben wollt, dann müsst ihr eigentlich erst mal eine Weile in den sauren Apfel beißen.

Aber wer das sagt, der signalisiert generell: Wer Lehrer werden möchte, muss erst mal in den sauren Apfel beißen. Das ist ein Signal, das es nicht geben sollte. Wenn wir aber schauen, was zum Beispiel gerade bei der Anstellung von neuen Lehrkräften passiert, bei der Besetzung von freien, neuen Lehrerplanstellen, dann stellen wir zum Beispiel bei Realschulen fest, dass im letzten Jahr von den über 500 angebotenen Stellen 47 % nicht angenommen wurden, also weit über 200 Stellen. Das ist ein Problem, das kommt nicht von irgendwoher, darüber sollten wir uns Gedanken machen, und das müssen wir auch ändern.

Wir sagen, deshalb braucht es eine neue Dynamik, einen Wettbewerb um beste Arbeitsbedingungen für unsere Lehrkräfte in Bayern; denn nur wenn jede Schule individuell ihr Angebot verbessert und versucht, sich für Lehrkräfte attraktiver zu machen, werden der Beruf und das Arbeitsumfeld insgesamt attraktiver. Diese Dynamik können und sollten wir anstoßen.

Die Frage der Arbeitsbedingungen ist nämlich eine der zentralen Fragen für unsere Lehrkräfte in Bayern. Wenn wir ihnen also echte Wahlfreiheit geben, dann ermöglichen wir ihnen auch, dass das Druck ausübt und damit auch zu einer zentralen Frage

für Sach- und Personalaufwandsträger wird, die sich dann auch stärker um die Zukunft von Schulstandorten bemühen müssen.

Lassen Sie uns also diese Dynamik durch mehr Freiheit anstoßen. Lassen Sie uns das auch vonseiten des Freistaats begleiten, indem wir unseren Schulen auch die Möglichkeit geben, konkurrenzfähige Angebote zu machen, und zwar auch für diejenigen, die gerade nicht auf die Vorzüge des Beamtensystems aus sind. Es braucht also gleichwertige Übertragungsmöglichkeiten der Mittel für eine Beamtenstelle inklusive der Pensionsvorsorge auf ein Budget für angestellte Lehrkräfte, das dann auch mit der Möglichkeit einer leistungsorientierten Bezahlung verbunden ist. Das ist auch eine Frage der Wertschätzung, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Das ist der Paradigmenwechsel, den wir für ein attraktiveres und ein moderneres Bildungssystem, ein attraktives Lehramt auch in Bayern möchten, meine sehr geehrten Damen und Herren. Deswegen braucht es mehr Freiheit an unseren Schulen.

(Beifall bei der FDP)

Bildungsforscher wie zum Beispiel der von den PISA-Studien bekannte Andreas Schleicher sagen schon lange und klar: Diejenigen Bildungssysteme in der Welt, die klare Verantwortlichkeiten haben und mehr Freiheiten vor Ort ermöglichen, sind erfolgreich. So liegen zum Beispiel in den Niederlanden 85 % der für die Bildungspolitik relevanten Entscheidungsmöglichkeiten bei den Schulen vor Ort. In Deutschland sind diese bildungsrelevanten Entscheidungen nur zu 13 % vor Ort zu treffen. Auch in Bayern ist das ein Problem. Der Großteil wird hier zentral entschieden, und deshalb müssen wir das ändern. Wir müssen die Kultusbürokratie radikal entmachten. Geben Sie unseren Schulen mehr Freiraum und das nötige Vertrauen!

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Bevor ich die nächste Rednerin aufrufe, gebe ich zunächst die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen bekannt:

Erstens zum Dringlichkeitsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion betreffend "Bargeldzahlungen ohne Begrenzung erhalten!" auf Drucksache 18/30366: Mit Ja haben 97 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein haben 65 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Weiter gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Mehr Geld für gute Kitas und gute Ganztagsbetreuung" auf Drucksache 18/30349 bekannt: Mit Ja haben 60 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein haben 105 Abgeordnete gestimmt. Bei einer Stimmenthaltung ist dieser Dringlichkeitsantrag damit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Als Nächster erteile ich der Kollegin Dr. Simone Strohmayr für die SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mit einem kleinen Resümee beginnen. Diese Legislaturperiode war für die Schulen von riesigen Herausforderungen geprägt: COVID, Integration, Inklusion und Digitalisierung bei gleichzeitigem massiven Lehrkräftemangel.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, leider setzt die Staatsregierung bei ihren Lösungsversuchen immer wieder auf die falschen Initiativen. Gestern habe ich erneut in den Medien gelesen, dass es diese Prämie geben soll, mit der Lehrkräfte aus anderen Bundesländern angeworben werden, zu uns nach Bayern zu kommen. Das sorgt erneut für Riesenunmut, und das ist verständlich, liebe Kolleginnen und Kollegen; denn das

ist bildungspolitischer Raubzug. Schließlich haben sich die Länder untereinander geeinigt, sich nicht gegenseitig pädagogisches Personal abzuwerben.

(Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Mecklenburg-Vorpommern macht das seit 2014 intensiv!)

Dabei sollten wir es einfach belassen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Die Staatsregierung muss sich vielmehr selbst auf den Weg machen, ihre eigenen, selbstgemachten Probleme hier in Bayern zu lösen. Dazu wollen wir Ihnen heute noch einige Vorschläge mit in die Sommerpause geben. Wichtigster Schritt wäre – –

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Untaugliche Vorschläge!)

– Hören Sie erst mal zu!

Wichtigster Schritt wäre, dass wir mit den vorhandenen Lehrkräften ordentlich umgehen, Herr Minister. Wenn ich ordentlich sage, dann meine ich: Wir müssen Lehrkräfte wertschätzen. Ich möchte – –

(Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Es gibt ja A 13!)

– Wertschätzen! Hören Sie gut zu, Herr Kollege! Dazu gehört eben auch, dass wir sie nicht kurz vor den Sommerferien, wie es in diesem Jahr wieder ist, zum Arbeitsamt schicken, weil sie den August nicht bezahlt bekommen. Diese Praxis ist schäbig. Im letzten Jahr waren es 713 Lehrkräfte. Für Sie ist das vielleicht eine kleine Zahl. Aber ich sagen Ihnen eines: Für jeden Einzelnen dieser 713 ist das eine höchst unangenehme Situation, und das ist schäbig im reichen Bayern, dass wir auf solche Mittel setzen.

(Zuruf des Abgeordneten Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER))

Wertschätzung, lieber Herr Kollege Gotthardt, Wertschätzung, sehr geehrter Herr Piazzolo, sieht anders aus.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, derzeit bekommen wir viel Post von angestellten Lehrerinnen und Lehrern und von Betriebsräten. Da schreibt zum Beispiel ein angestellter Lehrer – ich zitiere –:

Aus eigener Erfahrung weiß ich, dass Lehrende, die verbeamtet sind, gehaltsmäßig wesentlich besser gestellt sind, da höhere Eingruppierungen möglich sind. Bei angestellten Lehrern wurde mir mehrfach versichert, dass auch bei besonderen Tätigkeiten solche Höhergruppierungen eben nicht vorgesehen sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist einfach so: Das aktuelle Besoldungssystem, das Gehaltsgefüge, ist immer noch ungerecht. Es ist nicht mehr zeitgemäß. Gerade in so einer Zeit, in der wir massiven Lehrermangel haben, in der wir händeringend Personal für unsere Schulen suchen, ist diese Politik doch kontraproduktiv. Das müssen wir doch ändern.

Dabei ist nicht nur die Bezahlung das Problem. Es geht auch darum, dass Menschen, die den Quereinstieg in die Schulen wagen, eine solide fachliche Begleitung bekommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ja, es war schön, dass wir gestern A 13 für Grund- und Mittelschullehrkräfte beschlossen haben. Das war wunderbar. Wir haben lange dafür gekämpft, liebe Margit Wild. Du hast mit mir viele Jahre gemeinsam im Bildungsausschuss gesessen, und wir haben dafür gekämpft, dass die Grund- und Mittelschullehrkräfte endlich A 13 bekommen. Das war also schön.

Aber jetzt müssen wir uns eben auch den Lehrkräften widmen und denen Verbesserungen geben, die angestellt sind. Wir dürfen sie nicht vor der Sommerpause entlassen. Wir brauchen unbefristete Verträge. Wir brauchen höhere Entgeltgruppen. Wir brauchen eine angemessene Bezahlung, und wir brauchen vor allen Dingen Wertschätzung und Honorierung zusätzlicher Aufgaben.

(Beifall bei der SPD)

Unsere angestellten Lehrkräfte leisten hervorragende Arbeit. Sie sind in so einer Zeit wie jetzt dringend erforderlich. Sie dürfen nicht zu Lehrkräften zweiter Klasse werden. Sie haben auch ein Recht auf Sicherheit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden uns beim FDP-Antrag enthalten. Herr Pia-zolo, mit diesen Hausaufgaben, mit dieser Mehrarbeit für Sie möchte ich mich an die-ser Stelle in die Sommerpause verabschieden. Ich möchte zum Schluss Danke sagen an alle Lehrerinnen und Lehrer in Bayern. Sie haben in diesen schwierigen Zeiten ihren Mann und ihre Frau gestanden und haben uns geholfen, an den bayerischen Schulen zurechtzukommen. Seien Sie versichert, die Sozialdemokraten werden sich auch in Zukunft – wer auch immer hier an dieser Stelle stehen wird – für die Interes-sen der Lehrerinnen und Lehrer und der Schülerinnen und Schüler einsetzen, damit es an unseren bayerischen Schulen gut vorangeht. Ich möchte mich auch herzlich für die gute Zusammenarbeit mit vielen Kolleginnen und Kollegen im Haus bedanken. Es war nicht immer einfach, wir hatten oft unterschiedliche Ansichten. Es wird sicherlich auch in der nächsten Legislaturperiode noch einiges zu tun geben. Ein herzliches Dankeschön!

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Der nächste Redner ist der Kollege Prof. Dr. Gerhard Waschler für die CSU-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist mir in der Tat in diesen Sekunden eine ganz beson-dere Freude, hier zu sprechen. Ich möchte mich ganz eng an die Ausführungen des Vorredners und der Vorrednerin zu den Dringlichkeitsanträgen halten, in denen immer wieder von Wertschätzung die Rede war. Ich stelle fest, Bayern ist das Bildungsland

Nummer eins. Wir als Regierungskoalition haben die höchste Wertschätzung für die Lehrerinnen und Lehrer in Bayern sowie für alle Schulfamilien.

(Beifall bei der CSU)

Aus diesem Grund weise ich die Behauptungen in den beiden gegenständlichen Dringlichkeitsanträgen zurück, wonach keine Wertschätzung vorhanden wäre.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP))

– Herr Kollege Fischbach, hören Sie ausnahmsweise einmal zu, dann könnten Sie vielleicht ausnahmsweise mal etwas lernen. Ich beginne gleich mit Ihrem Dringlichkeitsantrag. Ich schicke voraus, dass ich aus Zeitgründen nur wenige Anmerkungen machen kann, weil es sonst zu weit führen würde. Herr Fischbach, ich werde auch die Stellen nennen, die Sie nachlesen können, wenn Sie denn könnten. Aber irgendwie scheint eine permanente Verstockung vorhanden zu sein. Sie müssten nämlich eigentlich – so meine ich – lesen können.

Im Bildungsland Nummer eins ist es eindeutig so, dass es die wesentliche Aufgabe der Schulverwaltung ist, für eine gleichmäßige und gerechte Verteilung der Lehrkräfte zu sorgen, um in Bayern ein möglichst gleichmäßiges und bedarfsgerechtes Bildungsangebot bereitzustellen. Das wird gemacht. Als objektive Größe können nur die Schülerzahlen im jeweiligen Regierungsbezirk herangezogen werden mit dem Ziel einer gleichmäßigen Verteilung des Lehrpersonals.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP))

Das entscheidende Kriterium für die Personalverteilung, Herr Kollege, ist der Bedarf und nichts anderes. Der Bedarf hat an vorderster Stelle zu stehen.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP))

– Jetzt hören Sie doch einmal zu. Ich möchte, dass Sie die Gelegenheit haben, am Ende dieser Legislaturperiode noch eine Kleinigkeit zu lernen. Individuelle Einsatz-

wünsche von Lehrkräften werden sehr wohl intensiv geprüft, um eine gewünschte Ortszuweisung zu ermöglichen. Bei dieser Ortszuweisung werden immer – –

(Matthias Fischbach (FDP): Berufliche Schulen!)

– Herr Kollege Fischbach, das ist schon vor Ihrer Zeit so gewesen. Landtagsbeschlüsse sind zu berücksichtigen. Soziale Kriterien wie zum Beispiel die Pflege eines Angehörigen oder die Betreuung minderjähriger Kinder werden berücksichtigt. Wenn Sie das bayerische Bildungswesen aufmerksam studieren, werden Sie feststellen, dass das von Ihnen gewünschte Direktbewerbungsverfahren bereits dort, wo es möglich ist, gegenständlich ist. Das ist an den beruflichen Schulen aufgrund der Besonderheit dieses Lehramts der Fall. Das wird seit über 20 Jahren so durchgeführt. Neueinstellungen erfolgen dabei nach dem vorhandenen Bedarf an den jeweiligen Schulen. Das Direktbewerbungsverfahren wird von einem flächendeckenden, bedarfsgerechten Versorgungsverfahren – einem Zuweisungsverfahren – ergänzt. Das geschieht dort, wo es möglich ist.

Sie weisen in Ihrem Dringlichkeitsantrag darauf hin, dass Faktoren wie Zusatzqualifikationen bei der Auswahl stärker berücksichtigt werden sollten. Ich sage Ihnen hierzu: Für Einstellungen gibt es eine gesetzliche Grundlage. Eine Einstellung muss nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung erfolgen. Individuelle Einsatzwünsche werden möglichst in Einklang mit den individuellen Wünschen gebracht – das habe ich gerade erläutert. Sie wollen für die Anstellung leistungsorientierte Konditionen. Ich kann Ihnen nur sagen: Genau diese Leistungsgrundsätze – Eignung, Befähigung und fachliche Leistung – stellen die gesetzliche Grundlage dar.

Sie fordern, dass das Personalbudget einer unbesetzten Beamtenstelle in gleicher Höhe für ein attraktives Angestelltenverhältnis zur Verfügung gestellt werden sollte – so steht es wörtlich drin. Hierzu sage ich Ihnen: Es ist Ihnen wohl entgangen, dass in dem Fall, in dem eine Stelle nicht mithilfe einer Planstelle besetzt werden kann, die

Schulen Mittel erhalten, um Lehrkräfte befristet einzustellen. Die Bezahlung erfolgt dann je nach Qualifikation.

Liebe FDP-Fraktion, Sie fordern Leistungsprämien. Hier stelle ich die Frage, wo Sie denn zu Hause sind. Das Instrument der Leistungsprämie ist in Artikel 67 des Bayerischen Besoldungsgesetzes längst geregelt. Darüber hinaus können auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in den Geltungsbereich des TV-L – ich hoffe, Sie wissen was der TV-L ist, das ist der Tarifbereich – gehören, Leistungsprämien im Rahmen einer außertariflichen Maßnahme erhalten.

Alle Forderungen sind also erfüllt. Bitte schauen Sie sich das an. Schauen Sie sich auch die Webseite des Ministeriums an. Das kann man der SPD auch ins Stammbuch schreiben. Das gilt in gleicher Weise. Auch Sie reden von mangelnder Wertschätzung. Die Kolleginnen und Kollegen der SPD wissen leider nicht, was sie geschrieben haben. Ihr müsstet euren Dringlichkeitsantrag eigentlich zurückziehen.

Als Erinnerung möchte ich Folgendes sagen: Wir hatten in puncto Planstellen bereits am Ende der letzten Legislaturperiode durch ein Programm zur Entfristung – aufgesetzt vom damaligen Staatsminister Bernd Sibler – Mittel im Umfang von 808 Planstellen bereitgestellt. Diese Verträge konnten dann für das Schuljahr verwendet werden. Das Schuljahr endet zum 31.07. eines Jahres und nicht zu irgendeinem beliebigen Zeitpunkt, wie das die SPD haben möchte.

Auf der Zielgeraden sage ich, wenn – so die SPD wörtlich – das Verfahren des Quereinstiegs fachlich besser begleitet und vereinfacht werden soll, um die Qualität des Unterrichts zu sichern, kann man nur sagen, dass für die kommenden Jahre natürlich ein erhöhter Einstellungsbedarf besteht. Das Kultusministerium weitet daher bedarfsgerecht und zielorientiert längst die Angebote zum Quereinstieg an verschiedenen Schularten auch zum kommenden Schuljahr aus. Bitte lest das auf der Webseite des Ministeriums nach.

Sie fordern, dass die angestellten Lehrer eine Chance auf Verbeamtung haben sollten. Es ist heute von den Gegebenheiten her so, dass für voll ausgebildete und befristet beschäftigte Lehrkräfte stets die Möglichkeit besteht, sich um eine Verbeamtung oder eine unbefristete Stelle im Angestelltenverhältnis zu bewerben. Aktuell bestehen insgesamt gute Einstellungschancen, aber man muss die entsprechenden Anträge stellen. Wer das nicht in dieser Form machen kann oder will, dem steht immer noch der Quereinstieg offen. Da schließt sich der Kreis. Es ist für jeden nach den gesetzlichen Grundlagen – Eignung, Befähigung und fachliche Leistung – im Bildungsland Nummer eins alles geboten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in dieser Hinsicht darf ich als Schlusssatz am Ende dieser Legislaturperiode an die demokratischen Fraktionen, vorrangig an die Regierungskoalition, Folgendes sagen: Unabhängig von den Ergebnissen am 8. Oktober sage ich Dank für diese Legislaturperiode, sage Dank für das gute Miteinander – wohl gemerkt an die demokratischen Fraktionen – über die Fraktionsgrenzen hinweg in 20 Jahren im Bayerischen Landtag.

(Ferdinand Mang (AfD): Warum betonen Sie das?)

Ich bedanke mich ganz herzlich und verneige mich vor euch.

(Lebhafter Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Kollege Thomas Gehring.

Thomas Gehring (GRÜNE): Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Dringlichkeitsantrag der FDP geht in die richtige Richtung. Schulen brauchen mehr Selbstständigkeit; Schulen müssen mehr selber entscheiden können. Das ist für die Bildungspolitik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ganz existenziell. Wir können so ein differenziertes Wesen wie ein Schulsystem nicht nur von München aus steuern.

Die örtliche Situation an den Schulen ist unterschiedlich. Schulen müssen ein Profil entwickeln, und die Lehrkräfte müssen dafür arbeiten und das miteinander entwickeln. Deswegen brauchen Schulen mehr Selbstständigkeit.

Ich glaube aber, die Idee, die gesamte Lehrereinstellung nur den Schulen zu überlassen, greift nicht richtig. Wir haben genau dieses Problem, dass wir den Schulen mehr Selbstständigkeit geben wollen, dass wir aber gleichzeitig natürlich die Lehrerversorgung im ganzen Land sichern müssen.

Deswegen plädieren wir für dieses zweistufige Verfahren, das Verfahren der schulscharfen Einstellung: Zunächst kommen Lehrkräfte und Schulen zusammen, und Leute können sich dort bewerben. Man schaut, ob es passt, was sehr wichtig ist; denn wenn Schulen unterschiedliche Profile haben, dann müssen auch die Lehrkräfte zu diesen Profilen passen.

Wir haben diese schulscharfen Einstellungen schon an den beruflichen Schulen. Wir fordern und werden uns dafür einsetzen, dies an allen Regelschulen, an allen allgemeinbildenden Schulen entsprechend einzuführen, sodass zunächst Schule und Leute zusammenfinden und dann die Lehrkräfte über das ganze Land verteilt werden können.

Wir sind da im Verzug. Wir müssen uns beeilen. Andere Bundesländer machen uns das vor. Ich habe jetzt mehrmals erlebt, dass ich mich mit Referendaren unterhalten habe – Alexander, du warst mit dabei –, die dann gesagt haben: Ja, ich habe in Bayern studiert, ich habe mein Referendariat gemacht, aber ich habe jetzt schon in einem anderen Bundesland die Wunschstelle an der Schule, an die ich eigentlich will; dann mache ich das, bevor ich warte, bis ich in Bayern ein Angebot kriege, von dem ich nicht weiß, ob es mir passt. – Ich glaube, wir müssen uns tatsächlich beeilen, den Arbeitgeber Land attraktiver zu machen als bisher.

Lieber Kollege Waschler, zum Land als Arbeitgeber muss man einfach sagen: Überheblichkeit ist aus der Zeit gefallen. Es ist einfach nicht mehr so wie zu unserer Zeit,

als man froh war, dass man vier Tage vor Schuljahresbeginn eine Stelle bekommt und 400 Kilometer woandershin in Bayern muss und seinen Lebensmittelpunkt dahin verlegt. Heute ist es nicht mehr so. 10 % der Referendarinnen und Referendare treten ihre Stelle nicht mehr an, obwohl sie verbeamtet werden, und sagen: Nein, das passt mir nicht, da mache ich was anderes. Ich gehe in ein anderes Bundesland, oder ich gehe zu einem privaten Träger und mache etwas anderes.

Deswegen geht es wirklich darum, die Attraktivität und die Arbeitsbedingungen zu verbessern, um die jungen Leute und die Menschen für die Schulen zu gewinnen; denn wir haben tatsächlich ein Problem mit der Unterrichtsversorgung in Bayern.

(Alexander König (CSU): Vielleicht sollte man die Teilzeit mal einschränken!)

– Lieber Herr König, Sie waren ja lange in der Regierungsfraktion. Vielleicht sollten Sie sich mal überlegen, warum Sie nie den Mut hatten, die Teilzeit einzuschränken. Aber ich denke, die nächste Staatsregierung wird sich mit diesem Thema beschäftigen müssen.

(Alexander König (CSU): Da sind wir mal einer Meinung!)

Tatsächlich geht es darum, in der jetzigen Situation schnell zu handeln. Deswegen unterstützen wir auch den Antrag der SPD. Beim Antrag der FDP werden wir uns enthalten. Im SPD-Antrag geht es um konkrete Maßnahmen, wie wir die Situation an den Schulen, die einfach prekär ist, schnell verbessern können. Dazu gehört es eben auch, die angestellten Lehrkräfte besser in den Blick zu nehmen und attraktivere Arbeitsangebote zu machen. Wir sind in einer Konkurrenz. Wenn man da Ende Juli ausgestellt wird und vielleicht hofft, dass man im September wieder einen Vertrag bekommt, dann ist das nicht attraktiv. Man muss diese Leute durch solche Maßnahmen halten. Auch die weiteren Dinge sind sinnvoll. Wir werden sicherlich überlegen müssen, wie wir generell die Situation für Angestellte verbessern können.

Ein wichtiges Thema ist der Quereinstieg. Wer werden Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger über längere Zeit brauchen, weil über die Jahre hinweg nicht genügend Lehrkräfte eingestellt worden sind, viele Lehrkräfte auf der Straße gelandet sind und nicht im Schuldienst sind. Wir werden die Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger brauchen. Da gibt es Angebote.

Aber man muss einfach sehen: Momentan können diese Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger oft nicht genügend begleitet werden. Eine Begleitung geht vor allem oft zulasten derer, die unterrichten, die eben nicht die Zeit haben, sich um diese Leute zu kümmern. Sie brauchen entsprechende Qualifikation. Deswegen gehe ich davon aus, dass wir sehr schnell so etwas wie einen berufsbegleitenden Master-Quereinstieg für Lehramt schaffen müssen, um Leute, die aus anderen Studiengängen oder anderen Berufen kommen, Leute, die vielleicht auch schon ein bisschen älter sind, zu begleiten und in die Schulen zu bringen.

Damit sind wir dann schon bei zwei Schlüsselthemen, auf die ich noch mal eingehen will. Das eine ist das Thema Lehrkräftebildung. Ich finde es ja schon immer bezeichnend für die Art und Weise, wie wir hier im Landtag miteinander Politik machen. Wir GRÜNEN haben kürzlich den Antrag gestellt, eine Kommission Lehrerbildung einzuberufen, um mit breiter Fachlichkeit das Thema zu diskutieren und dann Vorschläge für eine Lehrerbildungsreform zu machen, die ansteht, die auch der Ministerpräsident angemahnt hat. Unser Antrag ist dann abgelehnt worden, und kurz darauf erfährt man von einzelnen Leuten, dass sie irgendwie angerufen worden seien und jetzt doch so etwas wie eine Kommission kommen solle. Also ich finde, öffentlich klarer zu sagen, was Sache ist, und grüne Vorschläge gleich umzusetzen, wäre wirklich besser als dieses etwas verschwiemelte Verfahren, das wir jetzt gerade haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gleich lief es ja beim Thema A 13 für Grund- und Mittelschullehrer*innen. Das hat der Ministerpräsident, nachdem wir das Thema jahrelang gebracht haben, für die nächste

Legislaturperiode angekündigt, zunächst mal für die Mittelschullehrer, so hieß es relativ unklar. Dann haben wir hier einen Gesetzentwurf eingebracht, das Besoldungsgesetz zu ändern. Dann haben Sie reagiert, und dann kam dieser Gesetzentwurf, dem wir gestern alle zugestimmt haben.

Ich würde mal sagen: Grüne Bildungspolitik gibt vor, wie es geht. Sie machen es dann gelegentlich nach. Aber uns allen ist klar: Die Zeiten, da wir einfach gelobt haben, wie grandios das Bildungssystem in Bayern ist, sind vorbei. Die Probleme sind zu groß. Wir brauchen eine andere Bildungspolitik nach der Landtagswahl. Wir brauchen einen inhaltlichen und personellen Wechsel. In diesem Sinne: Alles Gute und bis dahin!

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die FREIEN WÄHLER spricht als Nächster der Kollege Tobias Gotthardt.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich jetzt quasi dreifach: Zum Ersten hat mir mein Büro heute Morgen gesagt, dass das meine 170. Rede in dieser Legislatur hier am Pult ist. Zum Zweiten habe ich für diese Rede noch 8 Minuten und 13 Sekunden, eine Wahnsinnszeit. Aber keine Sorge, ich schöpfe sie nicht aus. Zum Dritten habe ich noch ein wunderschönes Schmankerlthema, das mir wieder der Kollege Fischbach aus der FDP-Fraktion präsentiert.

(Matthias Fischbach (FDP): Gerne!)

"Beste Lehrkräfte für weltbeste Bildung in Bayern". Als ich diese Überschrift gelesen habe, war ich ja fast geneigt zu sagen: Super, ja, machen wir! Machen wir in Bayern. – Aber dafür brauche ich weder die FDP noch ihre Vorschläge, die dann kommen;

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

denn diese Vorschläge haben nichts mit dem Titel zu tun. Sie schlagen alleine ein marktwirtschaftliches Zerschlagen unseres Beamtensystems vor. Der Ansatz bringt unsere Lehrer von der Sicherheit weg, die sie haben, die wir auch brauchen für unsere Lehrkräfte. Das bringt uns keinen Vorteil, weder in der Qualität noch in der Quantität unserer Lehrkräfte. Was Sie vorschlagen, ist kontraproduktiv für beste Bildung in Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Der Kollege Waschler hat es ja schon sehr gut ausgeführt. Deswegen brauche ich auch keine 8 Minuten. Gerhard, vielen Dank dafür. Er hat ausgeführt, was Sie alles falsch sehen und falsch sagen. Wir haben schon vieles von dem, was Sie haben wollen. Die Leistungsorientierung; natürlich gibt es die Leistungsorientierung. Wir haben Leistungsorientierung im Beamtensystem, und die werden wir auch beibehalten.

(Matthias Fischbach (FDP): Sie müssen die rosarote Brille abnehmen, Herr Kollege!)

Die werden wir beibehalten. Wir werden das Beamtensystem nicht aufgeben.

Dann stellen Sie sich hier vorne hin und sagen, wir müssten Lehrkräfte an irgendwelche schlechteren und unbeliebteren Standorte bringen.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP))

Ich kenne in Bayern keine schlechte und unbeliebte Schule. Wir haben nur gute Schulen in Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Allerdings haben wir Schwerpunkte. Wir haben Ballungszentren. Da brauchen wir Lehrkräfte. Deswegen schicken wir zum Beispiel aus der Oberpfalz Lehrkräfte nach Oberbayern, weil wir sie hier brauchen, aber nicht, weil die Schulen hier schlechter

sind – das ist nicht der Ansatz –, sondern wir schicken die Lehrkräfte dorthin, wo wir sie brauchen, bedarfsorientiert. Das wird auch weiterhin so bleiben.

Trotzdem schauen wir genau darauf, wo wir den Lehrkräften entgegenkommen können. Auch da muss ich Ihnen widersprechen. Das tun wir doch jetzt schon. Wir tun es. Sie können sich drei Schulen aussuchen. Wir versuchen, den Wünschen nachzukommen, soweit es denn bedarfsgerecht geht. Ich kann Ihnen aus den vielen Erfahrungen, die ich habe, und aus den vielen Briefen, die ich als Bildungsausschussvorsitzender bekomme, sagen: Wir versuchen, in allen Fällen Einzelfallprüfungen durchzuführen, Sozialpunkte anzuerkennen und Lehrkräfte dorthin zu schicken, wo sie hinwollen. Das geht nicht immer, aber das ist doch auch klar: Sie sind Lehrkraft für Bayern, und in Bayern werden Sie eingesetzt; seien Sie froh, dass Sie nicht nach Rumänien oder sonst irgendwohin müssen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Matthias Fischbach (FDP): Ist das die Botschaft?)

Ganz kurz noch zur Kollegin Strohmayer. Frau Kollegin Strohmayer, wissen Sie, was mich bei Ihnen immer ärgert? – Sie sagen und schreiben immer Dinge – – Frau Kollegin Strohmayer, wollen Sie mir zuhören? – Sie schreiben Dinge in Ihren Anträgen und sagen Dinge hier – – Sie hört immer noch nicht zu. Frau Kollegin Strohmayer!

(Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Fünf Jahre lang hört sie nicht zu!)

Hören Sie doch einmal zu! Es stimmt einfach nicht, was Sie sagen. Sie stellen sich hier vorne hin und sagen, wir würden zum Schuljahresende Lehrkräfte entlassen.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayer (SPD))

Das stimmt nicht. Die Verträge laufen alle bis zum vorletzten Ferientag. Damit sorgen wir dafür, dass wir die Lehrkräfte, die wir weiter übernehmen können, ohne Bruch weiter einstellen können. Wir übernehmen unsere Lehrkräfte!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir haben die Zahl der befristeten Verträge auf das Minimum, das wir brauchen, zurückgefahren! Also stellen Sie sich hier nicht hin und erzählen so einen Schmarren!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr (SPD))

Das stimmt einfach nicht! Was Sie erzählen, stimmt nicht. Und es stimmt auch nicht, wenn Sie sagen, wir würden jetzt plötzlich als einziges Bundesland Lehrkräfte von anderen abwerben. Das stimmt nicht. Das war ein guter Vorschlag vom Ministerpräsidenten, gemeinsam mit dem Kultusminister, den Staatssekretären und uns allen. Andere Länder machen das seit 2014.

(Ministerpräsident Dr. Markus Söder: So ist es!)

Mecklenburg-Vorpommern wirbt seit 2014 händeringend um Lehrkräfte im Netz!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Im Gegensatz zu uns kriegen Sie aber keine. Sie kriegen keine, weil sie nicht die Guten sind!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen der SPD, gerne auch der GRÜNEN, das Letzte, was ich Ihnen ins Stammbuch schreibe: Wenn Sie in Ihren Bundesländern, in denen Sie regieren, immer alle so gut sind, ja, warum haben Sie denn dann Angst vor Wettbewerb? Wenn Sie so gut wären, dann würde keine Lehrkraft von irgendeinem SPD- oder grüingeführten Land nach Bayern wechseln. Aber anscheinend sind Sie nicht so gut.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Gehring (GRÜNE))

Deswegen werben wir weiter um Lehrkräfte. – Vielen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Staatssekretär Roland Weigert: Hört, hört!)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächste spricht für die AfD-Fraktion die Kollegin Anne Cyron.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Anne Cyron (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Zu beiden Anträgen gibt es eigentlich nicht besonders viel zu sagen,

(Florian von Brunn (SPD): Dann lassen Sie es doch! – Heiterkeit bei der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

außer: Es ist reines Wahlkampfgetöse – und nichts weiter.

Zum Antrag der FDP möchte ich ein paar Worte verlieren: "Beste Lehrkräfte für weltbeste Bildung in Bayern". – Nun, mit der weltbesten Bildung an bayerischen Schulen wird es so schnell nichts werden, wenn wir die Bildung an die bayerischen Schulen nicht wieder zurückholen, die ideologische Indoktrination unserer Schüler beenden und die queeren Kabarettprogramme unseres Kultusministers aus den Schulen verbannen.

(Beifall bei der AfD)

Die gehören ins Rotlichtmilieu und nicht an die bayerischen Schulen. Wenn wir diesen Schritt nicht gehen, nützen auch alle Aktionsprogramme zur Gewinnung der besten Lehrer nichts.

Die Forderungen aus den vorliegenden Anträgen – ob sinnvoll oder nicht – könnten weder kurz- noch mittelfristig umgesetzt werden, gerade was die Besoldung betrifft; wir haben schließlich ein Bayerisches Besoldungsgesetz. Wir haben Tarifvereinbarungen für Lehrer im Angestelltenverhältnis, und darüber hinaus dürfte es keine Abweichungen geben.

Was ich noch nebenbei bemerken möchte: Sicher, Bayern mag attraktiv sein. Geografisch grenzt Bayern aber an Hessen an. Da müssen wir doch sagen, dass es in Hessen zum Beispiel bessere Verbeamtung- und Einstellungsbedingungen gibt, an manchen Orten in Hessen vielleicht auch geringere Lebenshaltungskosten als in Bayern. Wir werden da – trotz der Prämien bei der Abwerbung der Lehrer aus anderen Bundesländern – sicher nicht besonders erfolgreich sein.

(Hans Urban (GRÜNE): Tschechien nicht vergessen!)

Positiv an diesem Antrag ist die direkte Bewerbung an den Schulen. Es muss möglich sein, dass sich Lehrer die Schulen aussuchen bzw. sich Schulen ihre Wunschlehrer aussuchen. Aber auch das wird im zentralistisch ausgerichteten Kultusbereich Bayerns nie möglich sein; denn die Gängelung der Lehrer war immer schon das Privileg des bayerischen Kultusministeriums.

Alles in allem ein wenig fundierter Wunschkonzertantrag, einzig passend für den Wahlkampf, wenn man noch mit letzter Kraft versuchen muss, ein paar Wählerstimmen zu erhaschen, um über die 3 % hinauszukommen.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist der Kollege Michael Busch.

Michael Busch (fraktionslos): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, der Lehrerberuf muss dringend reformiert werden.

Mein Sohn ist Berufsschullehrer als Quereinsteiger und hat sich letztendlich mithilfe der Sondermaßnahme bei seiner Schule beworben. Er hat aber auch die Hürden erleben müssen, die so ein Einstieg mit Familie, aus einem Beruf kommend, mit sich bringt. Einer der tatsächlich unattraktiven Aspekte ist, dass ein normaler Lehrer einfach einer Schule zugewiesen wird – und das häufig auch noch sehr kurzfristig. Ich werde dem DA deshalb zustimmen. Er ist Teil einer notwendigen Reform. Da muss noch viel mehr folgen.

Ich werde meine Abschiedsrede nach nur fünf Jahren aber auch nutzen, um ein paar Gedanken aus Sicht eines fraktionslosen Abgeordneten loszuwerden. Einige von Ihnen haben ja bereits ihre letzte Rede nach 15 oder mehr Jahren hier in diesem Hause gehalten und, wie ich es sonst eigentlich nur von Trauerreden kenne, die schöne Zeit und die nahezu ausnahmslos gute Zusammenarbeit gelobt.

Nun, für Sie mag das vielleicht überwiegend sogar stimmen. Ich bin nach zehneinhalb Jahren als pragmatisch agierender Landrat nur fünf Jahre in diesem Parlament und habe deshalb vielleicht eine etwas andere Wahrnehmung, vor allem was den Umgang miteinander hier im Plenum angeht.

Ich habe ein teilweise arrogantes und respektloses Übereinanderschimpfen – wie auch gestern beim Schlussbericht des Untersuchungsausschusses –, ein Bashing gegen die Bundesregierung und wenig konstruktive, zielorientierte Zusammenarbeit wahrgenommen,

(Alexander König (CSU): Manche Abgeordnete sind monatelang gar nicht gekommen!)

ganz besonders bei den Regierungserklärungen, den Aktuellen Stunden und den sogenannten Dringlichkeitsanträgen. Das haben mir übrigens auch alle meine Besuchergruppen, die an Plenarsitzungen teilgenommen haben, so gespiegelt.

Dieser Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion ist ein wirklich gutes Beispiel. Er ist nämlich gut und richtig und durchaus wert, tiefer diskutiert zu werden. Nur wird er, wie alle Dringlichkeitsanträge aus den Reihen der Opposition zuvor, natürlich von der Mehrheit von CSU und FREIEN WÄHLERN abgelehnt werden. Als Showantrag, liebe FDP, Dringlichkeitsantrag genannt, also eigentlich viel zu schade.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wissen Sie, was ich während der Zeit als fraktionsloser Abgeordnete als befreiend empfand? – Dass ich nicht mehr Gründe suchen muss-

te, warum ich einen Antrag ablehne, sondern warum ich einem Antrag zustimme – und das quer über die Fraktionen; denn auch andere haben gute Ideen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Sie wieder in dieses Parlament einziehen, bedenken Sie, dass Politik mehr als je zuvor zusammenarbeiten muss, um gemeinsam Lösungen für die komplexen Herausforderungen unserer Zeit zu finden. Nur die Fehler der anderen zu suchen, führt dazu, dass Sie die Stärken, die hier im Parlament ganz rechts außen sitzen. Das macht mir, als einer, der aufhört, Sorgen.

Ich bedanke mich dennoch für viele interessante und gute Gespräche, für Begegnungen und Erfahrungen in diesen fünf Jahren. Ich wünsche Ihnen allen in Ihrem politischen wie privaten Leben alles Gute. Ich bedanke mich auch besonders bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landtagsamtes, vor allem beim Offiziantendienst, für ihre geleistete Hilfe und Unterstützung. Danke, Servus, leben Sie wohl!

(Allgemeiner Beifall)

Präsidentin Ilse Aigner: Abschließend spricht der Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der, wenn auch kurze, Beitrag aus der AfD-Fraktion hat wieder deutlich gemacht, warum Sie in diesem Haus nichts zu suchen haben

(Martin Böhm (AfD): Oje! – Andreas Winhart (AfD): Ihr werdet abgewählt! – Franz Bergmüller (AfD): Das ist eines Ministers nicht würdig!)

und warum wir in den nächsten Monaten im Wahlkampf alles versuchen werden, damit Sie nicht mehr in dieses Haus hineinkommen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Andreas Winhart (AfD): Traum weiter, du Kasper!!)

Das ist eine ganz bewusste Kampfansage. Was wir in den letzten Jahren in diesem Haus erlebt haben, das soll sich nicht wiederholen. Deshalb werden wir uns auch in diesem Wahlkampf alle gemeinsam – über die Grenzen hinweg – entsprechend anstrengen, das zu verhindern, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Ferdinand Mang (AfD): Macht nur so weiter!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will konkret zu den Dringlichkeitsanträgen einiges sagen und zu den Grundprinzipien, die unsere Bildungspolitik seit Jahren und Jahrzehnten tragen. Eines der Grundprinzipien – das möchte ich deutlich unterstreichen – ist der Beamtenstatus. Daran wird schon wieder, gerade in dem Antrag, der jetzt von der FDP eingebracht wurde, gerüttelt. Das kennen wir. Da schließt sich der Kreis. Ich erinnere an die allererste Rede in dieser Legislaturperiode, damals von dem an Jahren ältesten Abgeordneten, die klar gegen die Beamtenschaft gerichtet war. Auch hier spürt man wieder, dass man am Grundprinzip rütteln möchte.

Wir stehen zu unseren verbeamteten Lehrern, es sind weit über 95 %. Das ist ein Erfolgsgarant in Bayern. Wir stehen zu allen Beamten in Bayern. Deshalb werden wir auch weiter daran festhalten, weil es Qualität sichert und Sicherheit schafft. Wir werden es wieder schaffen, den Großteil derjenigen, die sich bewerben, beinahe alle, auf Lebenszeit zu verbeamten, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das gehört zu den Grundprinzipien unserer Schulpolitik, und das ist gut so.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweitens. Qualität, hohe Leistung. Ich hatte das gestern erwähnt. Ich war gestern in der Aula der LMU. Dort waren tausend Lehramtsabsolventinnen mit Staatsexamina. Ich kann noch mal betonen – das kam vorher von der Opposition –: Ja, wir haben eine Kommission zur Lehrerbildung eingerichtet, übrigens nicht geheim, sondern es gab eine Pressemitteilung. Insofern kann man immer alles noch verbessern; aber wir stehen in Bayern zu unseren beiden Staatsexamina, zu hoher Fachlichkeit und zu schul-

artspezifischer Ausbildung. Natürlich kann man kritisieren. Das ist das Recht der Opposition. Das gehört zu einem solchen Haus dazu. Wir tauschen uns über die einzelnen Vorschläge auch intensiv aus.

Aber über unabhängige Studien, meine sehr verehrten Damen und Herren, kann man nicht drum herumreden. Die unabhängigen Studien weisen nun mal seit Jahren Bayern als Bildungsland Nummer eins aus, entweder auf dem ersten oder zweiten Platz. Bayern ist auch jetzt zur Digitalisierung wieder das Flächenland, das am besten dasteht. Das ist die Arbeit von vielen Jahren, insbesondere auch der letzten Jahre. Da kann eine Opposition zwar andere Vorschläge machen, aber diese Arbeit ist Ausweis guter Bildungspolitik. Dafür vielen Dank an die Kollegen und insbesondere an die Regierungsfractionen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich will das betonen: Dazu gehört selbstverständlich Wertschätzung – das leisten wir auch – und gute Bezahlung. Ich will daran erinnern, was wir hier gestern verabschiedet haben: ein Gesetz zur Schulfinanzierung mit zwei großen Bereichen. Auf der einen Seite nach jahrelangem Kampf und Anstrengungen A 13 als Eingangsbesoldung für Grund- und Mittelschullehrerinnen und -lehrer – ein Riesenschritt und ein großer Kraftakt, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Auf der anderen Seite eine Privatschulfinanzierung, die sich auch nicht nur sehen lassen kann, sondern die hervorragend ist und wo wir überall – ich zähle es jetzt nicht auf – draufgesattelt haben. Beides zusammen – gestern ist es gesagt worden – wird in der nächsten Legislatur 700 Millionen Euro kosten. Das ist Wertschätzung: 700 Millionen Euro!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Das ist eine riesige Summe, für die ich auch persönlich sehr dankbar bin. Das hat manches Haus nicht mal als Gesamtetat pro Jahr. Wir haben das zusätzlich bekommen, beschlossen von dieser Regierung unter großer Unterstützung beider Regierungsfractionen.

Jetzt zu dem Thema, das der SPD-Dringlichkeitsantrag mit anspricht, nämlich Unterrichtsversorgung, Lehrerversorgung. Das ist eine große Herausforderung, aber nicht erst seit gestern

(Zuruf)

– hat auch niemand gesagt, nein –, sondern die ganze Legislatur. Ich will es noch mal erwähnen: Wir haben jedes Jahr das gleiche Verfahren. Selbst bei dem einen oder anderen Bildungspolitiker kommt es nicht an.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir hatten bei den Einstellungen in jedem der fünf Jahre einen höheren Bedarf, als die Zahl der Bewerber war. Das ist übrigens in den meisten Bundesländern so. Wir kennen diese Zahl ziemlich genau im Voraus und arbeiten jedes Jahr daran, diese Lücke zu schließen. Ich will Ihnen sagen, was wir in den Jahren jeweils gemacht haben.

2019: Schwerpunkt Zweitqualifikation. Tausende von Stellen wurden geschaffen. Wenn wir es nicht getan hätten, und ich weiß, dass SPD, GRÜNE und FDP damals dagegen waren, dann hätten wir Tausende von Lehrern weniger an unseren Grund- und Mittelschulen.

2020: Freiwillige Maßnahmen, dienstrechtliche Maßnahmen, übrigens als einziger Kultusminister in diesem Staat Deutschland. Wir haben es gemacht. Meine sehr verehrten Damen und Herren, weil wir es gemacht haben, was übrigens nicht leicht war – zu Recht haben sich Lehrer und Lehrerverbände auch beklagt –, um die Unterrichtsversorgung zu sichern, stehen wir so gut da im Vergleich zu anderen Bundesländern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

2021: Seitdem haben wir schon den Quereinstieg und die Sondermaßnahmen plus entsprechende freiwillige Maßnahmen.

2022: Intensive Werbung bei den Schülerinnen und Schülern und bei den Lehrern.

Jetzt, 2023: Sondermaßnahmen Quereinstieg mit Hunderten von Quereinsteigern. Aber ich sage auch dazu: hohe Qualität. Bei uns soll jeder Quereinsteiger die Referendarzeit absolvieren und sein zweites Staatsexamen machen. Das zeigt die hohe Qualität, während andere Bundesländer Bachelor-Abgänger einstellen, die einfach unterrichten. Ich sage das an dieser Stelle noch einmal: Lehrerin und Lehrer zu sein, ist ein Qualitätsberuf, bedeutet eine hohe Professionalität. Daran werden wir auch nicht rütteln, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch nicht bei unseren Quereinsteigern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zusätzlich – damit schließe ich diesen Bereich ab – haben wir Regionalprämien, übrigens genau in den Bereichen, wo wir die Lehrerinnen und Lehrer brauchen. Genau da steuern wir per Regionalprämie. Das ist etwas, was in den Medien groß thematisiert wurde, was aber andere Bundesländer auch machen.

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Ilse Aigner: Entschuldigung, aber ich habe jetzt mal ein bisschen für Ruhe gesorgt.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus): Kein Problem, danke schön. – Noch mal – die SPD wollte es wissen –: Entfristungen. Ich mache es in Stichpunkten: Wir haben schon 2019/2020 Entfristungsprogramme gemacht, wie im Koalitionsvertrag vorgesehen, um weniger befristete Verträge zu haben. 519 Stellen haben wir dafür aufgebracht, 2021/2022 noch einmal rund 300 Stellen. Diese Dinge

haben wir alle klar geregelt. Auch jetzt sind die Regelungen für die Entfristung deutlich.

Lassen Sie mich zum Abschluss an unsere Schulgemeinschaft Dank sagen. Gerade die Corona-Jahre, aber auch das vergangene Jahr waren an der Schule sehr intensiv und sehr herausfordernd. Jetzt kam mit der Aufnahme von über 30.000 ukrainischen Schülerinnen und Schülern noch mal eine Riesenherausforderung. Ich will mich herzlich bedanken, natürlich bei den Lehrkräften und bei den Schulleitungen als Manager dieser großen Herausforderungen, aber auch bei unseren Fach- und Förderlehrern, bei den Verwaltungskräften, bei den Eltern sowie auch bei den Schülerinnen und Schülern, dass sie diese Jahre mit Corona, aber auch die Herausforderungen der letzten anderthalb Jahre in dieser Art und Weise gemanagt und bestanden haben.

Trotz all dieser Herausforderungen wird deutlich: Bayern ist als Bildungsland unglaublich stark, nicht nur was Wissen und Können anbetrifft, sondern auch – das ist das Entscheidende, und da schließt sich auch der Kreis zu meiner Bemerkung am Anfang – weil wir Werte vermitteln und an unseren Schulen Persönlichkeiten entwickeln. Wir wollen die Schülerinnen und Schüler – ich merke das bei jedem Schulbesuch – als Persönlichkeiten in unsere Gesellschaft hineinführen, und das gelingt uns; denn sie sind es, die Demokratie leben.

Ich darf an dieser Stelle, an der wir vor einem Wahlkampf stehen, sagen: Ich persönlich wünsche mir einen angemessenen Wahlkampf. Es wird ein streitreicher Wahlkampf, aber immer vor dem Hintergrund, dass wir Demokratie verteidigen und dass Demokratie nicht selbstverständlich ist, sondern jeden Tag ein Kampf um sie geführt wird. Dafür werden unsere Schülerinnen und Schüler entsprechend entwickelt durch politische Bildung und durch das, was an unseren Schulen stattfindet.

Deshalb sage ich meinen Dank an die gesamte Schulgemeinschaft und meine Hochachtung, meinen Respekt für das, was sie in den letzten Jahren geleistet hat. Wir werden uns bemühen, weiterhin mit voller Kraft Bayern als Bildungsland voranzubringen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Bevor ich jetzt noch zwei Zwischenbemerkungen aufrufe, will ich darauf hinweisen, dass die Staatsregierung ihre Redezeit um sechs Minuten überzogen hat. Wird von den Fraktionen das Recht auf Widerrede in Anspruch genommen? – Das sehe ich nicht.

(Florian von Brunn (SPD): Sitzungsunterbrechung! – Heiterkeit)

Dann rufe ich zur ersten Zwischenbemerkung den Kollegen Alexander König auf.

Alexander König (CSU): Sehr geehrter Herr Staatsminister, können Sie uns vielleicht zum krönenden Abschluss noch mitteilen, wie hoch der prozentuale Anteil der in Teilzeit arbeitenden Lehrerinnen und Lehrer an den Grund- und Mittelschulen ist? Sind Sie der Meinung, dass durch eine Einschränkung der Möglichkeit der Teilzeitarbeit die, wie Sie sagten, seit Jahren anhaltenden Probleme bei der Unterrichtsversorgung maßgeblich reduziert werden könnten?

(Florian von Brunn (SPD): Das ist doch mal ein Wahlkampfschub!)

Werden Sie, falls Sie in der neuen Legislaturperiode wieder der Kultusminister der FREIEN WÄHLER sein werden, dieses Problem in diesem Sinne angehen?

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Herr König, natürlich haben wir hohe Teilzeitquoten, gerade auch an den Grundschulen; aber insbesondere an den Grundschulen sind über 90 % weibliche Kräfte tätig, die – und davon gehe ich aus – Kinder und Jugendliche schätzen, lieben und mögen. Deshalb wählen sie diesen Beruf, und deshalb liegt es auch nahe, dass man sich selber eine Familie wünscht und auch Kinder haben möchte. Das ist das Erste.

Das Zweite ist: Wir haben vorher über Wertschätzung und über Attraktivität geredet. Ich sage es ganz offen: Die Teilzeitmöglichkeiten, die wir Lehrerinnen und Lehrern ein-

räumen, tragen ganz entscheidend zur Attraktivität dieses Berufs bei. Teilzeit macht attraktiv.

Sehr geehrter Kollege, deshalb wird das auch weiter Bestand haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Ist das alles, was Ihnen dazu einfällt? Das ist ja lächerlich! – Katharina Schulze (GRÜNE): Das ist ja eine gute Stimmung bei euch!)

Präsidentin Ilse Aigner: Die zweite Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Martin Böhm.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piaolo (Unterricht und Kultus): Ich habe eine Minute Zeit.

(Alexander König (CSU): Jämmerliche Antwort!)

Präsidentin Ilse Aigner: Martin Böhm macht die nächste Zwischenbemerkung.

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Minister, genau dieses von Ihnen anfangs Ihrer Rede gepflegte AfD-Bashing, vollkommen ohne Not, ist das, was andernorts in Thüringen meinen Freund Robert Sesselmann in die Position des Landrats gehoben hat. Beginnen auch Sie hier bei uns im Hohen Haus, sich mit den wirklich guten Ideen unserer AfD-Fraktion auseinanderzusetzen. Wenn Sie das tun, dann kann es durchaus auch mit Aiwangers geflügeltem Wort klappen: Wir holen uns, in diesem besten Sinne, unsere Demokratie zurück.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piaolo (Unterricht und Kultus): Ich habe meinen vorher geäußerten Bemerkungen nichts hinzuzufügen. Sie stehen für sich, und ich stehe dahinter.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen, und wir kommen jetzt zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/30350 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FDP-Fraktion und der fraktionslose Kollege Busch. Gegenstimmen! – Das sind die CSU und die FREIEN WÄHLER, die AfD und die fraktionslosen Kollegen Bayerbach, Klingen, Plenk, Swoboda und Sauter. Enthaltungen! – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/30367 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD und die FDP. Gegenstimmen! – Das sind die CSU, die FREIEN WÄHLER, die AfD und die fraktionslosen Kollegen Sauter, Swoboda, Plenk, Klingen und Bayerbach. Enthaltungen? – Keine.

(Zuruf: Doch, der Herr Busch!)

– Der Herr Busch, danke. Damit ist der Antrag abgelehnt.